

Bei der Gewerbesteuer für Alternativen offen sein

Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Reinemund sprach bei der Liberalen Runde über die Finanz-Verteilung „Bund, Land, Kommunen“

Hirschberg. (kaz) Im März 2010 formierte sich bei der Bundesregierung in Berlin ein Ausschuss zur Reform der Gemeindefinanzierung. Zentrale Frage: Wie können die besonders durch hohe Sozialausgaben finanziell gebeutelten Kommunen entlastet werden?

Der Abschlussbericht wäre eigentlich im Herbst fällig geworden, liegt aber noch nicht vor. „Die tagen noch“, sagte Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Reinemund (Foto:



Kreutzer), die am Donnerstag bei der Liberalen Runde der FDP Hirschberg in der Alten Villa zu Gast war.

Dem Ausschuss gehören ihren Worten nach das Innen-, das Wirtschafts- und das Finanzministerium, sieben Ländervertreter und die drei kommunalen Spitzenverbände an. Diskutiert werde derzeit noch über die Gewerbesteuer. Gehe es doch darum, den Kommunen für ihre

Haushalte eine gewisse Planungssicherheit zu garantieren. Reinemund weiß nach zahlreichen Vor-Ort-Besuchen, dass die Bürgermeister aber auch besagte kommunale Spitzenverbände abwinken, wenn von einer Abschaffung der Gewerbesteuer die Rede ist. Sie selbst hält es indessen für wichtig, für Alternativen offen zu sein. Eine könnte ihrer Schilderung nach die Erhöhung der Umsatzsteuer bezogen auf die Anzahl der Arbeitsplätze sein, da die Umsatzsteuer die „stabilste Steuer“ überhaupt sei.

Auch Änderungen im Länderfinanzausgleich zieht die Bundestagsabgeordnete in Betracht. Den immer wieder geäußerten Vorschlag, künftig auch Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht einzubeziehen, hält sie dagegen für nicht praktikabel. Von den etwa 1,2 Millionen Freiberuflern in der Bundesrepublik müsste nämlich höchstens ein Drittel diese Steuer zahlen. Doch alle hätten im Fall des Falles die entsprechende

Steuererklärung einzureichen. „Zu viel bürokratischer Aufwand im Vergleich zum Ertrag, der dabei erzielt würde“, lautet das Urteil von Reinemund.

Obwohl Gewerbesteuern für Städte und Gemeinden ein Unsicherheitsfaktor sind (und beispielsweise bei Betriebs-schließungen drastisch sinken können), halten die Kommunen offenbar irgend-

wie an dieser Einnahmequelle fest. Dazu die Bundesabgeordnete: „Die meisten wissen noch nicht, dass nach einem Gerichtsurteil bei der Gewerbesteuer auch bald die Verluste von

Firmen geltend gemacht könnten.“ Wenn sie im Lande unterwegs ist, überbringt sie diese Botschaft, wo sie kann.

In der Kommission zur Gemeindefinanzierungsreform gibt es drei Arbeitsgemeinschaften. Eine beschäftigt sich mit der Rechtslage, eine andere mit den „Standards“. Dazu gehören betreffs Sozialausgaben die Kosten für Unterkunft, Grundsicherung und Eingliederungshil-

„Umsatzsteuer ist die stabilste Steuer“

fe. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble habe bereits signalisiert, der Bund werde eventuell die Grundsicherung übernehmen und die Kosten für Unterkunft anteilsweise übernehmen. Bei einer Beteiligung von 50 Prozent verlieren die Städte und Gemeinde laut Reinemund allerdings das Recht auf „Selbstverwaltung“. Sie plädierte dafür, dass die Kommunen selbst definieren können sollten, wie „angemessener Wohnraum“ für Sozialhilfeempfänger aussehen sollte.

Und was belastet die Kommunen derzeit besonders? Es sind die Kosten für die gesetzlich garantierte Kleinkinderbetreuung. Da ist eine Mindestversorgung von über 30 Prozent Pflicht. Der Bedarf sei aber höher, so Reinemund. Das könnten die Kommunen unmöglich alleine schaffen.

Ihre Ausführungen bei der Liberalen Runde begann sie allerdings mit positiven Nachrichten. Demnach kam die Bundesrepublik viel besser aus der Finanzkrise raus als erwartet und stieg im Jahr 2010 auch das „Binnenwachstum“ an.